

# Der deutsche Bürger im Labyrinth des Spiegelkabinetts der deutschen Nachrichtenwelt

Subjektive Analyse und Darstellung  
eines Problems, das es angeblich  
nicht gibt.



Fotograf: Stefano.questioli (Wikipedia Commons)

Volkmar Vieser 2017

Copyright  
Volkmar Vieser 2017  
Dieses Werk steht unter der Creative Commons Lizenz



**Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung**  
**CC BY-NC-ND**

**Ein Pamphlet für sommerlochgeschädigte Freunde ganzer  
Sätze, die mehr als einhundertundzwanzig Zeichen nicht  
als Belästigung ihrer Intelligenz empfinden**

## Der Mensch im Spiegel-Labyrinth der Medien

Wikipedia: „Ein Labyrinth ist im weiteren Sinn ein **System mit Verzweigungen**, das **Sackgassen oder geschlossene Schleifen** enthalten kann. Diese Art Labyrinth wird auch **Irrgarten** genannt. Dort ist ein **Verirren möglich und meist Sinn der Anlage.**“

Aus der griechischen Mythologie: Minos ließ für den Minotauros (Mischwesen, halb Mensch, halb Stier), ein menschenfressendes Ungeheuer, ein **Labyrinth** erbauen. In der Ballade von Friedrich Dürrenmatt wird dieser „zum **Opfer undurchschaubarer Umstände und zum Sinnbild gegenwärtiger Orientierungslosigkeit**“ (Zitat aus Wikipedia)



Fotograf: Stefano.questioli (Wikipedia Commons)

Journalisten und Kommentatoren haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Jahrtausendwende den Ruf erarbeitet, objektiv und kritisch über Vorgänge in der Politik wie auch in der Gesellschaft zu berichten.

**Dafür gibt es zahlreiche Beispiele:** HS 30-Schützenpanzer, Atomwaffen-Gelüste von F. J. Strauß, Spiegel-Affäre, Stern-

Debakel mit den Hitler-Tagebüchern, Gewerkschafts-Skandal „Neue Heimat“, Politiker und ihre zwar legalen, aber moralisch nicht immer einwandfreien Verhaltensweisen (Globke, Filbinger, Jenninger, Späth, Amigos, Barschel-Engholm, Özdemir, Gysi, Mappus, Wulff – um nur einige zu nennen), Steuerhinterziehung und vieles mehr.

Die Berichterstattung zur **Weltpolitik** war bis zum Vietnam-Krieg, aber auch noch **danach bis zum Ende des Kalten Krieges**, bestimmt vom **Schwarz-Weiß-Denken**, von den „bösen Kommunisten“ hinter dem „Eisernen Vorhang“ und den „guten Demokraten“ in der „Freien Welt“.

Zwei Entwicklungen veränderten maßgeblich die Welt der Medien in der BRD.

Noch zur Hochzeit des Kalten Kriegs 1961 wollte Adenauer der ihm zu kritisch erscheinenden Berichterstattung der ARD (vor allem der des WDR) mit der Gründung einer als „Adenauer-Fernsehen“ bekannt gewordenen GmbH eine regierungstreue Fernsehanstalt entgegensetzen. Das wurde durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Als Folge daraus entstand das von Politikern der Länderparlamente kontrollierte ZDF (Einflussnahme trotz Einschränkungen durch das BVG immer noch möglich). Wer es sehen wollte, brauchte eine neue Antenne und einen Konverter. (Heute: abschalten von analogem Fernsehen bedeutet erneut den Kauf eines Konverters oder eines HD-tauglichen neuen Fernsehers kurbelt den Konsum an!)

\*\*\*\*\*

Mit dem Farbfernsehen, der Ausweitung der Sendezeiten

(Nina Hagen, 1977 aus der DDR „emigriert“, „Ich glotz TV“...Es ist alles so schön bunt hier“) und der damit einhergehenden täglichen Information durch zwei Nachrichtensendungen schwand das Interesse der Bürger an den Printmedien.

Das „Zeitungssterben“ führte bis heute zu einer Konzentration der gedruckten Zeitungen in der Hand von wenigen Familien (Springer-Konzern, Bertelsmann-Stiftung, Funke-Mediengruppe und andere).

Anhand der Entwicklung des vom Springer-Verlag erfundenen „10-Pfennig-Meinungsblatts“ BILD lässt sich die weitere Geschichte der Medien gut erklären.

BILD war und ist das „Kampfblatt für den demokratischen Westen“. Die zunächst nur 4 bis 6 Seiten umfassende „Zeitung für das Volk“ im doppelten Format und mit Millionen-Auflage fand reißenden Absatz, weil die „Macher“ die wichtigsten Regeln für die Berichterstattung der Neuzeit erfunden hatten:

**Blickfang auf der ersten Seite** durch „knackige Überschriften“ **in riesige Lettern** für die (von der Redaktion ausgewählte) wichtigste Meldung des Tages, möglichst mit **aussagekräftigem Bild**. Kurze, **den Intellekt des Lesers und seine Fähigkeit nicht überstrapazierende Texte** mit einfachem Satzbau, sollten jedem die für einen verantwortungsbewussten Staatsbürger **notwendige BILDung** ermöglichen .

**Wichtige Inhalte dieser BILDung:** Klatsch- und Tratschgeschichten, große und kleine Katastrophen, Mord, Totschlag und Vergewaltigung, Paparazzi-Bilder, Interviews mit ausgesuchten Zeugen und Nachbarn, Denunziationen, Informationen zum Lieblingssport der Deutschen, dem Fußball u.a.

Der Sensations-Journalismus deutscher Prägung für eine deutschlandweite Verbreitung war erfunden.

**Wieviel** von der Redaktion selbst mangels echter Geschichten „**Erfundenes**“ in den Geschichten steckte, enthüllte 1977 der Journalist Günter Wallraff, der sich unter falschem Namen dort eingeschlichen hatte.

**BILD** war allein schon wegen des Preises eine „Wegwerf-Zeitung“ **für arbeitende Männer**, allerdings auch mit „Zusatzfunktionen“: Mann konnte sich auf der Fabriktoilette den Hintern damit abwischen oder sich bei der Betrachtung der unbedeckten Brüste des BILD-Mädchens einen runterholen. Und Mann hatte Diskussionsstoff für das „Gespräch unter Männern“ in den Pausen (60er Jahre: „Diese langhaarigen Affen sollte man alle in ein Arbeitslager stecken. Der Adolf hätte mit denen kurzen Prozess gemacht.“). Politische Objektivität war nicht gefragt, weil der Besitzer nur eine Meinung zuließ, nämlich seine. Dieser Meinung (übernommen von der Meinungs-Gralshüterin, der Witwe und Merkel-Freundin, Friede Springer) haben sich bis heute auch alle Chefredakteure von BILD angeschlossen.

Nach einem kurzen Tief nach den Enthüllungen begann ein Wiederaufschwung, zuerst zum Beispiel gestützt durch die die Fußballwelt revolutionierenden, ungeheuer geistreichen Kommentare von Franz Beckenbauer (Beispiel: Ein Fußballspiel dauert 90 Minuten!).

Nicht voraussehbar war, dass BILD sich bis zum heutigen Tag zu einer Art „Kanzel“ für politische „Verkündigungen“ aller wichtigen Politiker des Landes entwickeln würde.

„BILD dir deine Meinung“, diese Werbespots stehen für das Selbstbewusstsein eines Konzerns und das seiner Medien, die wissen, dass alle führenden Politiker Deutschlands darauf angewiesen sind, vor allem in dieser Zeitung ihre Meinung exklusiv kundtun zu müssen.

Der Preis der Zeitung hat sich vervielfacht, die Auflage stagniert über der Millionengrenze, und die politische Botschaft - off- wie online - ist einfach wie eh und je: „Wir wissen, was das deutsche Volk fühlt und denkt und sagen will, wenn es von der Toilette kommt.“

Wer die deutsche Nachrichtenwelt heute betrachtet, der kann problemlos feststellen, dass BILD den Takt vorgibt, nach dem alle anderen, seien sie nun öffentlich-rechtlich oder auch privatwirtschaftlich organisiert, tanzen.

Wie üblich, wurde das mit dem englischen Begriff

„Mainstream“ verdeutlicht und als etwas „Gutes“ verkauft.

„Mainstream“ heißt, dass in den Grundzügen politischer Berichterstattung alle einer Meinung sind, dass aber im Sinne der Pressefreiheit ein paar andere Meinungen zwar nicht gewünscht, aber durchaus gestattet sind, sofern sie nicht zu häufig und auch nur in kleinem Umfang vorkommen.

Nur so ist das seit 2014 bestehende „Putin-Bashing“, das seit 2016 in gleichem Umfang eingeführte „Trump-Bashing“, das „LePen-Bashing“ und das neue „May-Bashing“ zu verstehen und die parallel dazu laufenden Glorifizierungen von Putin-Gegnern, von Hillary Clinton, von Brexit-Gegnern und von Macron.

Nur so kann man auch die dazu gehörenden prophetischen Verkündigungen erklären, die Entwicklungen beschreiben, die es zwar noch nicht gibt, die man sich aber dringend wünscht: Niedergang und völliger Zusammenbruch der russischen und britischen Wirtschaft, Absetzung aller „bösen Präsidenten“, Untergang aller „Populisten“ und der Aufbruch der „freien Welt“ in neue politische und wirtschaftliche Dimensionen einer universalen Wertegemeinschaft mit „menschrechtskonformen Zielen (Das Wohlergehen der Börsen und deren Gesundheit haben oberste Priorität in einer globalen Welt!) und marktkonformen Wirtschaftsordnungen“. (Neueste Idee der

CDU dazu: Staat und Bürger sollen der Wirtschaft noch mehr Daten zur Verfügung stellen.)

\*\*\*\*\*

## **Zurück nach Deutschland und in das Jahr 1989, das Jahr der Wende:**

Lafontaines Kritik an **Kohls Märchenerzählungen** von den „**blühenden Landschaften**“, die man „**aus der Portokasse bezahlen** könne“, ging im Wiedervereinigungsrausch unter.

Immerhin wurde anfangs noch kritisch über die milliardenschweren Fehlleistungen der „Treuhand“ berichtet, aber nur so lange, bis es nichts mehr zum „Abwickeln“ gab, weil sich der traurige Rest nicht mehr lohnte.

Danach war wieder „Ruhe im Karton“.

Man konnte sich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts in allen Medien ausgiebig über den Niedergang Russlands nach der Auflösung der Sowjetunion freuen und über die Demokratisierung der Satelliten-Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes.

Die Gefahr aus dem Osten schien für alle Ewigkeiten gebannt, zumal bis zum 31. Dezember 1999 an der Spitze des russischen Staates der von den USA massiv unterstützte Alkoholiker Jelzin sich vor allem um die Vermehrung des Reichtums seiner Familie kümmerte. Die Berichte über seine alkoholisierten Auftritte, über die Armut in Russland, über den verlotterten Zustand der russischen Armee, aber auch die über den sagenhaften Schatz an Gas und Öl, der jetzt mit Hilfe von Investoren aus dem Westen gehoben werden konnte und die energiehungrigen Staaten Europas unabhängiger von



Drohgebärden des OPEC-Kartells bezüglich neuer Ölkrisen machte, sorgten für ein Gefühl absoluter Sorglosigkeit.

Das unter Adenauer geborene Szenario, dass der mongolengesichtige Russe mit dem Messer zwischen den Zähnen in unsere Wohnungen eindringen und unsere Frauen vergewaltigen könnte, verschwand angesichts der Elendsbilder aus Russland im medialen Aufatmen.

Dazu kam, dass die Gefahr, die schon immer von den Schlitzaugen im größten Reich des fernen Ostens auszugehen schien, sich von selbst erledigt hatte, weil diese ja keine Zeit mehr hatten, sich mit Eroberungsplänen zu beschäftigen, seitdem sie zu Lohnsklaven westlicher Konzerne mutiert waren.

\*\*\*\*\*

**Der Kapitalismus** – ein böses Wort aus der marxistisch-sozialistisch geprägten kommunistischen Mottenkiste, das man eigentlich besser nicht benutzen sollte – **hatte an allen Fronten gesiegt.**

Wer dieses Wort vermeiden wollte, benutzte besser den Begriff der freiheitlich-demokratischen Marktwirtschaft, der in der BRD noch den Zusatz „sozial“ erhalten hatte, der ausdrückte, dass man einer zügellosen Bereicherung von wenigen zu Ungunsten von vielen angeblich einen Riegel vorgeschoben und damit eine gerechte Verteilung des Wohlstands gesichert hatte.

Ganz im Sinne der zu einem demokratischen Staat gehörenden Presse- und Meinungsfreiheit gab es natürlich auch Berichte darüber, dass das vielleicht nicht wirklich stimmte (Beispiel: sinkende Reallöhne und steigende Unternehmensgewinne in den 90er Jahren), aber sie führten zu keinen Konsequenzen seitens der Regierung. Das bis heute beliebte, von der

Wirtschaft übernommene Argument gegen tief greifende Änderungen war: **„Wer Gewinne schmälert, gefährdet oder vernichtet sogar Arbeitsplätze, weil die Konzerne und mittelständischen Unternehmen sie auslagern und die Reichen auswandern werden.“**

Die Wirtschaftsform bekam damit den Rang einer Religion, deren Glaubenssätze von da an bis zum heutigen Tag zu alternativlosen Regeln für den Wohlstand von allen Bürgern dieses Landes erklärt wurden.

Natürlich wurde bis heute trotzdem ausgelagert, soweit es gewinnbringend war und ist, und die Reichen blieben, trotz aller Unkenrufe.

(Beispiele: Textilindustrie, Sportartikelindustrie, chemische Industrie, Arzneimittelindustrie – mit allen bekannten Unzulänglichkeiten und katastrophalen Entwicklungen für die Menschen in diesen Ländern.)

Der nächste Glaubenssatz hieß: **„Private Unternehmer arbeiten kostengünstiger und besser, obwohl oder gerade weil sie im Gegensatz zu kommunalen oder staatlichen Unternehmen gewinnorientiert arbeiten.“**

(Das Ergebnis: Weniger Arbeitskräfte arbeiten in unsicheren Arbeitsverhältnissen härter und/oder mehr für weniger Lohn.)

Das führte auch dazu, dass selbst kleine Kommunen glaubten, ihren Haushaltsetat mit dem Verkauf von Wohnungen und Häusern, Anteilen an Energieversorgern, Privatisierung von Bauhöfen und Müllentsorgung sanieren zu können. Größere Städte verkauften nicht nur ihr Wohnungseigentum, sondern auch noch die Kanalisation an Investoren, um sie dann zurückzumieten und fingen an, mit Aktien zu spekulieren. Dass das alles ein „kapitaler“ Irrtum war, merkten die meisten zu spät.

Schon im neuen Jahrtausend ließ Schröder die „Globalisierungs-Katze“ aus dem Sack“: „Freiheit für alle Bankgeschäfte dieser Welt!“  
Als „Genosse der Bosse“ sorgte er dafür, dass alle windigen Geschäfte der amerikanischen und europäischen Investmentbanker im Interesse eines erhofften Wirtschaftswachstums möglich wurden. Darüber hinaus beschenkten er und sein Finanzminister Eichel die Wohlhabenden des Landes mehr als reichlich. Kohl hatte schon die Vermögenssteuer abgeschafft. Und nun folgten – zunächst unter Schröder, dann auch unter Merkel - Steuergeschenk um Steuergeschenk für alle, die mehr hatten als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Fazit bis heute: Die Wohlhabenden zahlen, gemessen an dem, was sie besitzen, weit weniger Steuern als jemals zuvor.

Der nächste Glaubenssatz: **„Wenn große Banken Geschäfte machen, die zu einem „Bank-rott“ führen können, dann ist eine Rettung mit staatlichen Mitteln alternativlos.“**

Dazu gehört auch der Folgesatz: **„Eine Rettung des Euro ist alternativlos.“**

Daraus folgte die alternativlose Bankenrettung und die Erfindung der Rettungsschirme.

Ein journalistisches „Schmankerl“ war die Befragung von Abgeordneten des deutschen Bundestages, die zugeben mussten, dass sie keine Ahnung von der Materie hatten, als sie darüber abstimmten.

In diesem Zusammenhang interessant ist, dass vor der Jahrhundertwende eine Milliarde einem normalsterblichen Bürger immer als eine unfassbar große Zahl vermittelt wurde, die ein Staat nicht einfach so ausgeben kann. Jetzt sind es plötzlich Hunderte von Milliarden, für die der Staat bürgen

kann, ohne dass man sich Gedanken darüber machen muss, weil das ja den Bürger nicht weiter betrifft.

Nachdem man sich daran gewöhnt hatte, war es auch ein Leichtes, mitzuteilen, dass die EZB für Billionen bürgt. Dass mit dieser Politik ein Bürger, der seine mühsam zusammengekratzten Euros auf einem Sparbuch angelegt hatte, keine Zinsen mehr bekam, dass eine kleine Lebensversicherung plötzlich in ihrem Wert immer mehr schrumpfte, war eben nur ein kleines Opfer für den Wohlstand, das man eben bringen muss.

Wer sowieso kaum etwas hat, außer ungesundem Neid, hat allein deswegen schon keinen Anspruch auf mehr.

Wer allerdings trotzdem mehr haben will, muss bereit sein, den neuen Gott anzubeten und seinen Geboten zu folgen: dem DAX und seinen Jüngern!

Der wahrscheinlich inhaltsschwerste Satz, den ein Politiker äußern kann: „**Ich habe mich geirrt**“, **ist kein Teil politischer Kultur** und wird deshalb nicht gebraucht, weil man dann ja echte Konsequenzen wie zum Beispiel einen Rücktritt erwarten könnte.

Häufiger hört man aber von Politikern als Entschuldigung für eine Kehrtwende in ihrer Meinung: „Ich habe eben dazugelernt.“

Im süddeutschen Raum sagt man etwas salopp: „Was gaht mi mei Geschwätz von geschtern a.“

Wie einfach so etwas ist, hat die Bundeskanzlerin bewiesen. Zuerst hatte sie 2010 stolz (eigentlich im Interesse der Energiekonzerne und deren Aktionäre, aber politisch als sinnvolle Maßnahme für den Wirtschaftsstandort Deutschland verkauft) verkündet, den von der rot-grünen Regierung unter Schröder 2001 beschlossenen Atomausstieg bis 2022 um 20

Jahre bis 2042 zu verlängern.

Diese Festlegung hielt fünf Monate.

Nach Fukushima war es nur „Schnee von gestern“ und Merkel ruderte „volle Kraft voraus“ zurück.

**Was die Bundeskanzlerin nie gesagt hat und auch so nicht sagen wird: „Alles, was ich beschließe, verkünde und durchsetze, ist alternativlos.“**

Diesen Satz würden ihr sogar die „Hofberichterstatter“ der Mainstream-Presse übelnehmen, weil er zwar die politische Wirklichkeit wiedergibt, aber doch etwas zu überheblich klingt.

Gewöhnt hat man sich in deutschen Landen allerdings an ihre Verwendung des Wortes „alternativlos“ bei allen Antworten und Handlungen, die wichtige Fragen betreffen.

Dass sie selbst alternativlos ist, muss sie dabei nicht betonen. Sie kann das getrost ihrer Partei und den Instituten überlassen, die das jetzt schon beinahe wöchentlich mit Umfragen und Statistiken bestätigen, und den wertekonformen Medien, die das verkünden.

Der Kunstgriff, wie man das „Ich“ vermeidet und trotzdem die Wucht der „mächtigsten Frau der Welt“ (Forbes-Wirtschaftsmagazin) erzeugt, ist allen Fußballfreunden wohl bekannt: „Wir haben nicht richtig nach vorne gespielt. Wir haben es versäumt, das wichtige Tor zu machen. **Wir haben alles richtig gemacht!**..

Zitate des Merkelschen **Wir**-Gefühls:

**2004:** „Vor lauter Globalisierung und Computerisierung dürfen die schönen Dinge des Lebens wie Kartoffeln oder Eintopf kochen nicht zu kurz kommen.“ (Waschküchen-Herd-

Romantik aus der Nachkriegszeit; passende Redewendung für Politiker: „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“)

**2008:** „**Wir** werden nicht zulassen, dass technisch manches möglich ist, aber der Staat es nicht nutzt. „(Überwachung)

**2011:** „**Wir** befinden uns gerade im Sommer der Entscheidungen. Gestern war wieder so ein Tag. Dann kommt der Herbst, und dann kommt der Winter der Entscheidungen. Jetzt kommen überhaupt nur noch Entscheidungen.“

„Ludwig Erhard hat immer gesagt, Wirtschaftspolitik sei zu 50 Prozent Psychologie. Ich finde es unerträglich, wenn man einem Land unentwegt sagt: Du schaffst das nicht. Das hilft überhaupt nicht. **Ich glaube, das Land will es schaffen, und ich werde alle meine Kraft einsetzen, um das Land dabei zu unterstützen.**“

**2015:** „Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem **wir** an diese Dinge herangehen, muss sein: **Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.**“ (Der neueste Glaubenssatz.)

„Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn **wir** jetzt noch anfangen müssen, uns dafür zu entschuldigen, dass **wir** in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht **mein Land.**“ (Deutschland – einig Merkelland?)

Dazu B. Brecht: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

**2017:** „Die Zeiten, in denen **wir** uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei, das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: **Wir Europäer** müssen **unser Schicksal** wirklich in unsere eigene Hand nehmen. [...] **wir** müssen selber für **unsere Zukunft** kämpfen, als Europäer, für **unser Schicksal.**“ (Transatlantische Beziehungen mit Amerika ja, mit Trump nie!).

Das wichtigste **Ich**-Zitat, dem nie Konsequenzen folgten:

„Ich habe, seitdem wir über die NSA sprechen, auch immer wieder gegenüber dem amerikanischen Präsidenten deutlich gemacht: **Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht** - das habe ich im Juni, als er in Berlin war, gesagt, auch im Juli und gestern in einem Telefonat -, und zwar aus dem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.“

Für den Zustand der Merkel-Demokratie drängen sich einem kritischen Menschen die Bilder einer Fernsehübertragung eines vollen Fußballstadions geradezu auf: **Die Fans** in Einheitskleidung, Vereinstrikots, Vereinsschals zwischen den erhobenen Händen, Vereinshymnen nach Ansage eines mit dem Rücken zum Spiel stehenden Megaphon-Vordenkers singend, nach dessen Verkündigungen im vorgegebenen Rhythmus eines ebenfalls mit dem Rücken zum Spiel stehenden Trommlers hüpfend und/oder klatschend bilden den fernsehtauglichen Rahmen **für die kickenden Millionäre** auf dem millimetergenau getrimmten Rasen eines Spielfelds ohne den Spielfluss hemmende, den Kurzpass störende Unebenheiten.

Bei wichtigen Veranstaltungen dieser Art (wenn es um den Lebensinhalt, das Wohl des Vereins geht) decken sich die Fans auch mit Fähnchen, Fahnen, Flaggen und Bannern so zu, dass sie nur noch ihre nächste Umgebung und vielleicht das Fernsehbild auf der Videowand sehen können.

Kurzeinblendungen von gut aussehenden Frauen, die vielleicht gerade ein Selfie mit ihrem Smartphone machen, auch von Kindern und natürlich von den „Vereinsbossen“ oder wichtigen Politikern gehören auch zum vollständigen Übertragungs-Meinungsbild.

Das Wort „Einheitskleidung“ stimmt natürlich nicht, denn es passt nur zu staatlich verordneten Massenveranstaltungen von alten und neuen Diktaturen. Jeder weiß, dass die Trikots unterschiedliche Rückennummern haben, die jeder Besitzer sich nach freiheitlich-demokratischen Grundsätzen selbst gewählt hat. Jeder weiß auch, dass Frisuren, die Schminke im Gesicht, die Hosen, die Socken und das Schuhwerk auf Grund von freier Meinungsbildung individuell gestylt sind. Fußball ist also eine Volksveranstaltung für eine lautstarke Minderheit, die für 90 Minuten eine unterstützungsbedürftige Mehrheit darstellt, für die man Hunderte von Millionen an Gebühren ausgibt.

Was hat das alles mit der Merkel-Demokratie zu tun?

Die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister, der „Dagobert Duck des deutschen Wirtschaftswunder-Tresors“ (Disney-Comics-Lesen bildet), sind die Garanten für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung des deutschen Styling- und Event-Exhibitionismus`.

Die Medien sind die Vorbeter und die Trommler für das System.

Wie gut das funktioniert, zeigen die Umfragewerte für die Beliebtheit: Merkel mit großem Vorsprung vor Schäuble und dem grünen Anführer der Gruppe „Beten für Merkel“, Kretschmann, danach folgt der Verantwortliche für die innerdeutschen „Putzkräfte“ (In der DDR hieß das „Guck und Horch“), de Maiziére, und der auf den Politiker-Olymp gebeamte FDP-Strahlemann Lindner.

\*\*\*\*\*



Die Leitsätze der Politik in diesem Land in einer  
Zusammenfassung:

- 1. Vor lauter Globalisierung und Computerisierung dürfen die schönen Dinge des Lebens wie Kartoffeln oder Eintopf kochen nicht zu kurz kommen.**
- 2. Wer Gewinne schmälert, gefährdet oder vernichtet sogar Arbeitsplätze, weil die Konzerne und mittelständischen Unternehmen sie auslagern und die Reichen auswandern werden.**
- 3. Wenn große Banken Geschäfte machen, die zu einem „Bank-rott“ führen können, dann ist eine Rettung mit staatlichen Mitteln alternativlos.**
- 4. Eine Rettung des Euro ist alternativlos.**
- 5. Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.**
- 6. Wir werden nicht zulassen, dass technisch manches möglich ist, aber der Staat es nicht nutzt. „(Überwachung)**

\*\*\*\*\*

Im Nachhinein wollte niemand im Westen zugeben, dass man bei der Befragung der Tarot-Karten, beim politischen Kaffeesatzlesen oder bei der Betrachtung der Glaskugel hätte sehen müssen, dass der unter dem unfähigen Tierpfleger Jelzin in einem nach westlichem Vorbild gebauten und finanzierten, angeblich ausbruchssicheren Zoo eingesperrten und seiner Klauen und Zähne beraubte „russische Bär“ jemals wieder gesunden könnte und das „Reich des Bösen unter der Sonne“ unter seinem Nachfolger eine „Renaissance“ erleben würde.

\*\*\*\*\*

Das flächenmäßig größte Land der Erde mit über 140 Millionen Einwohnern wurde ab dem März 2000 von einem neuen Präsidenten regiert.

Die Berichterstattung über das Land änderte sich nicht. Bestimmend waren Bilder von der Armut eines Großteils der Bevölkerung in archaisch anmutenden Dörfern, von der mit Hilfe des Westens durchgeführten Verschrottung russischer Atom-U-Boote im „verrotteten Kriegshafen“ Murmansk, von der Vernichtung alter Atomwaffen, von schlecht gekleideten Armeeingehörigen und von Städtern, die in armseligen Ein- oder Zweiraumwohnungen ihr kärgliches Dasein fristeten. Dazu kam noch, dass die Tragödie des Untergangs der „Kursk“ zeigte, wie weit Russland technologisch dem Westen unterlegen war.

Übersehen hatte man vor lauter Begeisterung über die Abwanderung von Wissenschaftlern und Technikern und dem Niedergang der Schwerindustrie, dass allgemeine Bildung, aber auch Ausbildung von Spezialisten nicht nur im Bereich des Raketenbaus, der Flugzeugindustrie, der Militärtechnologie zu Land und zu Wasser, sogar der Computerwissenschaften weiterhin gefördert wurden.

Man hat auch nicht gesehen, dass es der Mehrheit der Bevölkerung immer besser ging.

Erwartet worden war, dass Putin sein Land nach den Vorstellungen des Westens reformieren und sich, den westlichen Vorgaben folgend, weltpolitisch unterordnen würde.

Seine Rede vor dem deutschen Bundestag im September 2001 wurde als Zeichen gedeutet, dass er sich in der gewünschten Richtung weiterentwickeln würde.

Keiner intensiven westlichen Analyse und Berichterstattung wert war die Wirklichkeit des Staatsgebildes der „Russischen Föderation“.

Jelzin hatte mit umfangreicher Unterstützung jeglicher Art durch die USA für seine Familie und seine Freunde im Stile eines modernen Raubritters einen neuen Geldadel, Oligarchen genannt, geschaffen, der die Reichtümer des neuen Staates unter sich aufteilen durfte.

Von Putin wurde erwartet, dass er dieses neue System ohne Einschränkungen respektieren würde, zumal auch die führenden Politiker des marktorientierten, freien Westens, beraten von den Finanzmärkten und Konzernen, nur die gewinnbringenden Chancen, nicht aber das dadurch geförderte soziale Ungleichgewicht sehen wollten.

Noch heute wird von westlichen Politikern behauptet, gestützt von ihren Medien mit angeblich beweiskräftigen Bildern und Meldungen, dass es allen Russen viel besser gehen könnte, wenn sie endlich eine im Sinne westlicher Werte demokratische Regierung und eine freie Marktwirtschaft bekommen würden. Die Oligarchen wären dann nur noch einfache Milliardäre, die nach dem westlichen Grundwert, dass Eigentum verpflichtet, handeln und ein soziales Gewissen entwickeln würden.

Nicht ganz zwei Jahre lang war Putin also einer, von dem man glaubte, dass man ihn man mit guter Erziehung und gutem Zureden auf den richtigen Weg bringen könnte.

Der von deutschen Medien als brutaler Einsatz der russischen Armee gegen friedliche Frauen und Kinder geschilderte Kampf gegen die freiheitsliebende Bevölkerung („Islamistisch“ war zu diesem Zeitpunkt bedeutungslos, und es waren auch keine „Terroristen“) in Tschetschenien trübte erstmals dieses Bild.

Erst die Bilder von Greuelthaten „tschetschenischer Freiheitskämpfer“ vor allem in Russland führten dazu, dass man von Terrorakten sprach, wobei zur Relativierung dann vor allem die Unfähigkeit der russischen Armee und der Polizei medial eine wichtige Rolle spielte.

Was früher nur am Rand erwähnt worden war, wurde für die Dauer dieses Krieges, danach für Georgien-Krise und vor allem für die Zeit nach 2014 ein wichtiger Punkt für die Charakterisierung seiner Politik: **Putin** war von da an der ehemalige **KGB-Offizier stalinistischer Prägung**.

Dass „**ein solcher**“ natürlich trotz aller gut gemeinter Ratschläge und konstruktiver Kritik nicht „aus seiner Haut schlüpfen wollte, geschweige denn konnte“ wurde immer häufiger Gegenstand von Analysen und Meldungen.

Und er tat auch weiterhin alles, um das zu bestätigen und sich unbeliebt zu machen.

**BILD 2017:** „Auf Putins Weg, Russland in der internationalen Gemeinschaft zu behaupten, ist kein Platz für kritische Stimmen von Politikern der Opposition, Menschenrechtlern, Journalisten, Intellektuellen. Wer die Missstände des Landes und Fehlentscheidungen des Kremls anspricht, muss damit rechnen, verfolgt oder ermordet zu werden.“

Weitere Zitate aus deutschen Publikationen: „In 15 Jahren wurden 246 Journalisten umgebracht. 542 rassistische Morde in Russland. Mehr als 35 000 Morde ungeklärt. Giftmorde an Oppositionellen. Russland Spitze bei Mord und Totschlag.

**Brutale Killer-Oma** zerstückelt elf Leichen....“

Wann immer es nötig ist, werden **sofort die drei wichtigsten Morde** „aufgewärmt“: die Ermordung der Journalistin Anna

Politkowskaja, die Polonium-Vergiftung von Alexander Litwinenko und der Mord an Boris Nemzow.

Allen gemeinsam ist, dass sie als Auftragsmorde bezeichnet werden – Auftraggeber: Putin! (Beweise dafür: keine, aber unzählige Hinweise und Vermutungen als Grundlage für einen hinreichenden Tatverdacht).

### **Die Meinung der Mainstream-Medien:**

Es ist schon schlimm genug, dass ein russischer Präsident seit seinem Amtsantritt als Auftraggeber für Morde in Frage kommt.

Noch schlimmer ist es, dass er - nach der festen Überzeugung führender Medien und Politiker des Westens – seiner Armee den Auftrag erteilte, das arme kleine Land Georgien zu überfallen und unschuldige Soldaten zu ermorden, nur weil dieses ein Gebiet zurückhaben wollte, das sich – gesetzeswidrig - für eigenständig erklärt hatte.

Überboten wird das Ganze allerdings noch durch die undemokratische Änderung russischer Wahlgesetze, die es ihm erlaubte, ein drittes Mal Präsident zu werden.

Einig waren sich alle demokratisch gesinnten Kräfte darin, dass sich Russland unter Putin immer weiter von einer mit Vorschusslorbeeren bedachten und wohlwollend begleiteten Annäherung an die westliche Wertegemeinschaft entfernte und sich immer häufiger autokratischer Mittel und Methoden bediente.

Skepsis machte sich breit.

Grund genug für westliche Journalisten, sich auf die Suche nach den Fehlern im System zu machen und Beweise für antidemokratische Entwicklungen sicherzustellen.

Dass diese Besorgnis nicht unbegründet war, hatte sich schon 2003 gezeigt, als der wegen seiner Westkontakte beliebte Oligarch Chodorkowski - zu diesem Zeitpunkt der reichste Mann Russlands - verhaftet wurde. Die Berichterstattung in den freien Medien jenseits der russischen Grenzen beschränkte sich auf die Gegenwart und seine angeblich auf demokratische Gesinnung zurückzuführende Gegnerschaft zu Putin. Dass er zu den Jelzin-Günstlingen gehört hatte, interessierte niemand, auch nicht die Frage, wie man wohl im Alter von 40 Jahren reichster Mann Russlands werden konnte. Er wurde auch nach seiner Verurteilung 2005 wegen Geldwäscherei und Unterschlagung bis zum Haftende als „Kämpfer für die Demokratie“ mit gebührendem Mitleid für seine Familie medial begleitet. Einem aufmerksamen Fernsehzuschauer konnte dabei nicht entgangen sein, dass der Familie von Chodorkowski nichts passiert war, dass sie im Gegenteil immer noch über viel Geld verfügen musste und keinerlei Reisebeschränkungen ausgesetzt war.

Da es - trotz dieser unglaublichen Vorgänge – danach in den Politikressorts der Leitmedien immer noch keine breit angelegte und dauerhafte Meinungskampagne gegen Putin gab, begnügte man sich zunächst damit, das **3sat-Format** „**Kulturzeit**“ aufzurüsten.

Unter der Rubrik „**Gefährdung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft in Russland**“ wurden zunächst konspirativ gestaltete Interviews mit angeblich bedrohten oppositionellen Intellektuellen fester Bestandteil des Programms.

Es folgte die „Performance-Kunst“ : Anbringung von blauen Eimern auf SUV-Dächern, wobei es vor allem darauf ankam zu zeigen, dass die jungen Leute von der Staatsgewalt verfolgt wurden.

Schon spektakulärer war die als künstlerisch wertvolle Protest-Aktion gegen Putin „verkaufte“ Bemalung der Fahrbahn einer Petersburger Klappbrücke mit einem einen Riesenpenis.

Den Höhepunkt der Berichterstattung bildete schließlich 2011 der Film über den Auftritt der Frauen-Gruppe „Pussy Riot“ mit ihrem als Happening-Kunst vorgestellten „Punk-Gebet“ in der Moskauer Christ-Erlöserkathedrale.

Der danach nach dem Prinzip der Endlosschleife erzeugte Hype wurde vor allem wegen der anschließenden strafrechtlichen Verfolgung immer wieder neu angefacht und hielt sich nicht nur über ein Jahr in diesem „Kultur-Format“, sondern fand auch den Weg in die „politischen Nachrichten“ und auf Grund eines kurzen Pornofilms der Gruppe und des guten Aussehens der Frontfrauen natürlich auch in die Boulevardpresse.

Aus einem **Strafprozess** wurde ein **politischer Prozess** gemacht, weil es ja **nach Meinung der Journalisten und Kommentatoren in Wirklichkeit nur um das Recht auf freie Meinungsäußerung, um die Freiheit der Kunst, die der freien sexuellen Entfaltung und der Unterdrückung der Frauenrechte in einem repressiven Staat ging.**

**Ein letzter**, noch bedeutenderer **Skandal**, der es für lange Zeit in die Hauptnachrichten der ARD und in alle Medien weltweit schaffte: Hajo Seppelt, der brutalste Aufklärer aller Zeiten in Sachen Doping, hatte mit sicher nicht unbeträchtlichen Mitteln aus dem Haushalt der ARD investigativ in Russland gearbeitet und herausgefunden, dass **Putin** – auf Grund seiner narzisstischen Veranlagung immer auf der Suche nach Anlässen für medienwirksame Selbstdarstellung - **für ein staatliches Zwangsdoping verantwortlich war.** Dass die russischen Zeugen, die allesamt zum Zeitpunkt des Beginns der Ermittlungen vom Staat bereits entlassen worden waren,

problemlos das Land verlassen konnten und ein Visum für die USA bekommen hatten, machte niemanden stutzig.

\*\*\*\*\*

Kurzer Einschub ein Land betreffend, das zwar mit seiner „Orangen Revolution“ (neue Regierung von 2005-2010) einmal kurz in den Schlagzeilen war, das aber, nachdem diese aus Gründen von Streitigkeiten der Spitzenpolitiker in sich zusammenbrach, schnell wieder in der medialen Versenkung verschwand.

Es geht also um die Ukraine.

Die Hauptakteure dieser Bewegung waren Intellektuelle und Studenten. Sie waren von einer Koalition professioneller westlicher Berater, Helfer und Meinungsforscher ausgebildet worden. **Die Aktivitäten wurden von westlichen Regierungen, Agenturen und Organisationen finanziert und unterstützt:** Von der Konrad Adenauer Stiftung (BRD, CDU), vom amerikanischen Außenministerium, von weiteren amerikanischen halbstaatlichen Organisationen und NGO's und vom Milliardär George Soros, der in westlichen Medien immer als Menschenfreund und demokratischer Heilsbringer dargestellt wird. Dass seine Interessen vornehmlich darin bestanden und immer noch bestehen, ohne moralische Skrupel möglichst viel Geld in möglichst kurzer Zeit auf möglichst einfache Weise zu verdienen und mit einem Teil davon das „Böse im Osten Europas“ zu bekämpfen, wird hierzulande nur gelobt.

Ein weiteres Beispiel, das wohl wenig bekannt sein dürfte. ist die **NED**.

Sie ist eine US-amerikanische Stiftung und Denkfabrik mit dem erklärten Ziel der weltweiten Förderung der liberalen Demokratie. Sie wurde 1983 vom US-Kongress in



Washington, D. C. gegründet und erhält von diesem für ihre Arbeit eine jährliche Finanzierung aus dem US-Bundeshaushalt.

Der amerikanische Kongress schuf NED als halbstaatlichen Arm der Außenpolitik.

Trotz der staatlichen Finanzierung handelt es sich rechtlich um eine private, gemeinnützige Organisation. Das ermöglicht dem Staat die **Weitergabe von Haushaltsmitteln an ausländische Organisationen über einen Dritten.**

Letzte Zahl von 2010: 118 Millionen \$.

NED fördert weltweit eine Vielzahl von sozialdemokratischen und liberalen Gruppen, ... sofern diese sich an **Normen und Prinzipien der Demokratie (?)** halten, wie beispielsweise in ... **der Ukraine.**

Dazu ein Original-Beitrag aus der „**Carnegie Endowment for International Peace**“ (Web-Organ der Stiftung, Washington) aus dem Jahr 2004 („Orangene Revolution in der Ukraine“):  
„**Did Americans meddle in the internal affairs of Ukraine? Yes.** The American agents of influence would prefer different language to describe their activities -- **democratic assistance, democracy promotion, civil society support, etc. -- but their work, however labeled, seeks to influence political change in Ukraine.** The U.S. Agency for International Development, the National Endowment for Democracy and a few other foundations sponsored certain U.S. organizations, including Freedom House, the International Republican Institute, the National Democratic Institute, the Solidarity Center, the Eurasia Foundation, Internews and several others to provide small grants and technical assistance to Ukrainian civil society. The European Union, individual European countries and the Soros-funded International Renaissance Foundation did the same.”

Auf Deutsch: Alle diese Organisationen haben sich eingemischt, haben Mittel gegeben und alle Arten von Unterstützung geleistet.

Wieviel Geld wirklich geflossen ist, das wird ein Geheimnis der Beteiligten bleiben. Man kann allerdings davon ausgehen, dass dabei viele Millionen im Spiel waren.“

**Die Akteure und ihre Finanzkraft sollte man sich merken, denn sie spielten ein paar Jahre später – 2013 - wieder eine große Rolle**, obwohl das natürlich bestritten wird, weil ein echter Volksaufstand natürlich nur aus dem Volk heraus – ohne Mitwirkung von Beratern, die von außen kommen, und Geld aus dubiosen Quellen - stattfinden kann und auch nur vom Volk finanziert wird. Dass das alles gelogen war, weiß man heute, aber das spielt auch keine Rolle mehr.

\*\*\*\*\*

In der Ukraine wurde im Jahr 2011 in einem ebenfalls als politischer Prozess deklarierten Verfahren gegen die ehemalige Ministerpräsidentin der Ukraine, Julia Timoschenko, wegen Amtsmissbrauchs und Veruntreuung von Staatsgeldern ein Urteil gefällt, das zu einer Haftstrafe von 7 Jahren führte.

Interessant am Fall **Julia Timoschenko** ist eigentlich das bis zu ihrer Entlassung andauernde Interesse deutscher Medien und die **andauernde Unterstützung** dieser Aktionen **durch die deutsche Bundeskanzlerin Merkel**.

Wenn es keine neuen Bilder von der Innenansicht ihres Gefängnisses und ihrem Leiden gab, reichten auch kurze Filmberichte über ein paar Frauen mit Plakaten vor den Toren und die dazu passenden Kommentare, in denen immer wieder die Freilassung der angeblich zu Unrecht verurteilten, armen

und kranken Frau gefordert wurde. Ihr armer Mann musste Asyl in Tschechien beantragen, weil er auch an ihren Unternehmen beteiligt war, und ihre gut aussehende Tochter, die schon lange in Großbritannien lebte, durfte als Vertreterin ihrer Interessen sogar in Genf auftreten.

**Nach ihrer Haftentlassung 2014 gab es zum letzten Mal für die Presse ein Gruppenbild mit Krückstock, Tochter und der Bundeskanzlerin.**

**Seither hat Angela Merkel nie mehr ihre Nähe gesucht**, obwohl Frau Timoschenko wieder gesund und Oppositionspolitikerin in der Rada in Kiew ist. Vielleicht ist es ja gerade das, was die Bundeskanzlerin, die ein so gutes Verhältnis zum Präsidenten der Ukraine, Poroschenko, hat, jetzt an ihr stört.

Neueste Meldung von 2017: Der „Bloc Poroschenko“, die Partei des Präsidenten, verlangt eine erneute Untersuchung gegen sie! (Mediales Interesse daran im Westen ist gleich Null.)

\*\*\*\*\*

**Ukraine im Jahr 2013:** Was als zwar nicht häufig vorkommende, aber rein rechtlich gesehen durchaus mögliche politische Handlung eines Präsidenten eines unabhängigen Staates bei Vertragsunterzeichnungen begann, wurde zu einem Wendepunkt in den Beziehungen europäischer Staaten.

Der damalige Präsident der Ukraine, Janukowitsch, hatte es tatsächlich gewagt, ein unterschiftsreifes Zoll- und Handelsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen.

Die Folgen sind bekannt und werden in die Geschichte eingehen: Zuerst Massendemonstrationen mit riesigen Europafahnen in Kiew, dann die Errichtung einer Reifenburg

auf dem Majdan und von Zeltlagern auf dem Kreschatik und schließlich die Besetzung von öffentlichen Gebäuden. Die Begeisterung der westlichen Welt für die Sehnsucht der Ukrainer nach der europäischen Freiheit war überschäumend.

\*\*\*\*\*

Das deutsche Fernsehen war immer live dabei und die Zuschauer waren begeistert von dem Mut, der Tapferkeit und dem Durchhaltevermögen der Journalistinnen-Riege Atai, Gellinek und Eigendorf und deren Einsatz für die „gute Sache“.

Für mich unvergesslich bleibt ein Film von Katrin Eigendorf (ihr Mann ist bei der Springer-Presse beschäftigt, Garantie für Objektivität), in dem sie über zwei Studentinnen berichtet, die unter professioneller Anleitung ein Wochenendtraining mit Kalaschnikow im Häuserkampf für die Verteidigung Kiews absolvierten.

Weitere Highlights der Berichterstattung:  
Golineh Atai beschwert sich bitterlich darüber, dass ihrem Team von den „Terroristen“ die qualitativ sicher sehr guten schusssicheren Westen abgenommen wurden (zwar war das ein „bewaffneter Raubüberfall“, aber eigentlich verständlich, denn die hatten zu diesem Zeitpunkt noch keine, die ukrainische Armee auch nicht).

Zum Thema „objektive Berichterstattung“:  
Zwei Tote beim Referendum in der Nähe von Donezk, die den Terroristen zugeschrieben wurden. Die Tagesschau brauchte ziemlich lang, um den Fehler einzugestehen – die Täter waren leider von den Guten!  
Bilder von einer angeblich riesigen Protestveranstaltung der Arbeiter von Akhmetovs (damals noch reichster Mann der

Ukraine) Betrieben im noch unversehrten, angeblich prall gefüllten Donezker Stadion (Fassungsvermögen: 52 000 Zuschauer).

Das Bild wurde so aufgenommen, dass es zum Kommentar „randvoll“ passte. In Wirklichkeit waren nur etwas über tausend gekommen und die übrigen Zuschauerränge waren „gähnend leer“.

Deutschlands bekanntester Ukrainer, der aus der Fernsehwerbung für Kindermilchschnitten und alkoholfreies Bier bekannte, deutsch sprechende Weltmeister im Schwergewichtsboxen und Geschäftsmann Vitali Klitschko, wurde zum Medienstar eines als „demokratische Graswurzel-Revolution mitten in Europa“ apostrophierten Aufstandes gegen einen korrupten Diktator.

\*\*\*\*\*

Als die Gewalt auf den Straßen eskaliert war und es Tote gab, die politischen Vermittler, die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, aber einen Erfolg bei den Verhandlungen mit Janukowitsch verkünden konnten, dieser aber trotzdem, weil er um sein Leben fürchtete, das Land verließ, geschah das, was eigentlich für unmöglich gehalten wurde: Die „Gesichter der Revolution“, die man im deutschen Fernsehen von ihren Auftritten auf der Bühne vor der „Reifen-Festung“ her schon bewundern konnte, übernahmen die Macht und bildeten eine neue Regierung.

(Viel später gab dann der neu gewählte Präsident Poroschenko zu, dass das ein Verfassungsbruch war, aber das interessierte schon zu dieser Zeit niemand mehr).

Was auch niemand von den westlichen Medien interessierte und deshalb auch den Zuschauern an den Bildschirmen, den

Zuhörern der Rundfunkanstalten und den Lesern der Printmedien nicht vermittelt wurde, war, dass alle diese Gesichter eigentlich alte Bekannte der ukrainischen Polit-Szene waren, die schon in den Jahren davor Spitzenpositionen in verschiedenen Regierungen innehatten (Poroschenko war sogar Minister unter dem bösen Janukowitsch).

Politische und - als Folge davon - auch mediale Interesselosigkeit an einer objektiven Analyse der Ereignisse und ihrer Folgen bestimmt bis heute die nachweisbar einseitige Berichterstattung über die Ukraine.

(Die regierungsnahen, ukrainischen „Propagandamedien“ sind objektiver als die mit „Westblindheit“ geschlagenen und mit „Revolutionsempathie“ vollgepumpten Politiker und Journalisten aus deutschen Landen.)

Gefragt waren nach dem Sieg der Demokratie schöne Bilder von vor Freude in jede Kamera tanzenden „Aktivisten“ mit umgehängter ukrainischer Fahne und Interviews mit glücklichen Menschen, die den „Atem der Freiheit“ in sich hineinsaugen.

(Das Wort „Aktivist“, bis dahin ein „Unwort“ aus dem Vokabular von sozialistischen Diktaturen, fand – jetzt positiv besetzt - auf diesem Weg wieder den Weg in deutsche „Schreibstuben“ und ist uns erhalten geblieben. Jeder, der hierzulande, aber auch in anderen demokratischen Ländern, die richtigen Wertvorstellungen hat und sich dafür engagiert, ist jetzt ein „Aktivist“.)

Zur neuen Identität der Ukraine gehören heute die „**Himmlischen Hundert**“, die für die „Revolution der Würde“ in **Kiew** auf dem Majdan ihr Leben gelassen hatten. Für die **vierzig toten „russischen Konterrevolutionäre**“, die im Gewerkschaftshaus von **Odessa** durch den Einsatz von Molotow-Cocktails durch „gute Aktivisten“ verbrannt oder an

Rauchvergiftung gestorben waren, gab und gibt es noch nicht einmal Mitleid.

Aus Rücksicht auf die „echten ukrainischen Demokraten“ in seiner Begleitung legte der deutsche Außenminister Steinmeier bei seinem Besuch in Odessa auch keine Blumen am Ort des Geschehens ab.

**Was haben die über 100 toten Zivilisten und die 13 toten Polizisten von Kiew und die 40 Toten von Odessa gemeinsam?**

**Es wurde bis heute nichts aufgeklärt – und das scheint auch so zu bleiben!**

Wer nach der Machtübernahme bei dem genau hingehört hatte, was die selbsternannten Demokraten in der Rada, dem ukrainischen Parlament, für Prioritäten in ihren Gesetzesvorhaben verkündeten, für den war erkennbar, dass die „Revolution der Würde“ noch lange nicht beendet sein würde.

Denn in der Folgezeit bestimmten **drei Sätze** – einer davon als Meinung von Merkel und Obama in Washington geäußert – das weitere Schicksal der Ukraine und – in letzter Konsequenz – auch die Weltpolitik bis heute.

Der **erste Satz** hieß: „Wir werden die russische Sprache in der Ukraine abschaffen.“

Er wurde zwar nach wenigen Tagen schon wieder zurückgenommen, aber die russischsprachige Minderheit im Osten der Ukraine hatte genau hingehört.

Die Folgen, die Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, sind bekannt und werden wahrscheinlich auf längere Zeit hinaus zu unüberwindbaren Hindernissen bei einer Wiedervereinigung, weil es den **zweiten Satz**, den von Merkel

und Obama gegeben hat, in dem diese die neue Regierung aufforderten, mit allen Mitteln die Ordnung in der Ukraine wieder herzustellen.

Der Übergangspräsident Turtschinow folgte der Aufforderung und schickte alle verfügbaren Kräfte seiner damals noch ziemlich desolaten Armee zu einer Anti-Terror-Operation, kurz ATO, in den Osten.

Dass der Bürgerkrieg, der dadurch ausgelöst wurde und angeblich immer noch keiner ist, bis heute andauert und viele Opfer gekostet hat, inzwischen als Teil eines „Gesamtpakets“ Putin in die Schuhe geschoben werden kann, ist medialer Konsens im freiheitsliebenden Westen.

Der **dritte Satz**, ein Gerücht, dessen Urheberin wohl die wieder genesene und auf Rache sinnende Julia Timoschenko war, beinhaltete die sofortige Kündigung des noch von Janukowitsch bis zum Jahr 2042 verlängerten Vertrags über die Nutzung des Krim-Hafens Sewastopol durch die russische Kriegsmarine.

Das hätte bedeutet, dass der 1997 geschlossene Vertrag mit einer Laufzeit bis 2017 wieder Gültigkeit gehabt hätte.

Obwohl alle interessierten Parteien im Westen das leugnen, hätten der Präsident der USA, das Pentagon und der NATO-Generalsekretär zusammen einen Freudentanz vollführt, wenn die jetzt vom Westen abhängige Übergangsregierung in Kiew ihnen ab 2017 den letzten Schwarzmeerhafen Russlands auf dem Silbertablett serviert hätten und damit Russland nicht nur aus dieser Region endgültig vertrieben worden wäre, sondern auch den direkten Zugang zum Mittelmeer verloren hätte.

Als Konsequenz daraus hätte man die friedensbringenden und friedenssichernden Kriegsschiffe der NATO und der USA



direkt vor der „russischen Haustür“ in Stellung bringen können.

Wer sicher hingehört hatte, weil ja auch Gerüchte immer ein Körnchen Wahrheit enthalten können, das waren die Militärstrategen des Pentagon, der NATO und natürlich auch Russlands.

Und man kann davon ausgehen, dass von diesem Zeitpunkt an in beiden Lagern fieberhaft an Plänen für den Fall der Fälle gearbeitet wurde.

Die Strategen des Westens waren dabei im Nachteil.

Zunächst einmal waren es bis 2017 nur noch drei Jahre, in denen man in Ruhe überlegen konnte, wie man mit einer militärischen Konfrontation mit Russland umgehen könnte. Im Raum stand dabei sicher die Überlegung, dass man die Ukraine bis zu diesem Zeitpunkt in die NATO aufnehmen könnte, so dass im Fall einer russischen Aggression der Bündnisfall greifen würde.

Im Pentagon dachte man sicher auch darüber nach, ob ein Anlass gefunden werden könnte, der noch vor Ende der Vertragslaufzeit einen Präventivschlag gegen die 16 000 Mann starken russischen Truppen in Sewastopol rechtfertigen würde. Da man den schlechten Zustand der ukrainischen Armee- und Luftwaffeneinheiten auf der Krim und im Hafen sicher gut einschätzen konnte, musste man davon ausgehen dass von dieser Seite keine große Unterstützung erfolgen konnte. Ein Überfall mit Luftlandetruppen nach vorausgehender Bombardierung konnte nur von Europa aus durchgeführt werden und würde sicher den Widerstand einiger NATO-Mitglieder hervorrufen. Der Einsatz der Flugzeugträger der amerikanischen Mittelmeerflotte kam wegen der langen Vorlaufzeit und der Schwarzmeerverträge auch nicht in Frage. Also blieb nur ein von Russland geführter Krieg gegen die ukrainische Armee auf der Krim als mögliche Rechtfertigung.

Ansonsten war es unter den gegebenen Umständen wohl ratsam, läppische drei Jahre lang einfach zu warten. Niemand, außer den russischen Strategen, kam bei all diesen Überlegungen allerdings auf die Idee, die besonderen Rechte der „Freien Republik Krim“ in die Planungen mit einzubeziehen.

### **Wichtige Informationen zur Krim:**

Die als einzige „Freie Republik“ innerhalb der ukrainischen Staatsgrenzen befindliche Halbinsel hatte Sonderrechte. Sie war 1954 von Chruschtschow, dem damaligen Präsidenten der Sowjetunion dem sowjetischen Brudervolk der Ukraine, das ja zu dieser Zeit noch Teil der Sowjetunion war, „geschenkt“ worden.

Da nicht voraussehbar war, dass die UdSSR jemals aufhören würde zu existieren, war das eher ein symbolischer Akt und hatte eigentlich keine Bedeutung.

Nach dem Zusammenbruch und der Aufspaltung der UdSSR wurde vertraglich festgelegt, dass auch die sowjetische Schwarzmeerflotte geteilt würde und der ukrainische und der russische Teil ihren Heimathafen Sewastopol zusammen nutzen können. Eine kontinuierliche Vertragsverlängerung wurde dabei vorausgesetzt, aber schriftlich nie fixiert.

Während man im Westen das „glückliche Ende“ der Revolution des ukrainischen Volkes feierte, gleichzeitig aber doch besorgt auf die Entwicklung im russischsprachigen Osten des Staates blickte, machte man sich keine Gedanken über ein Gebiet der Ukraine, dessen Einwohner zu über 60 % ebenfalls russisch sprachen und darüber hinaus auch noch russische Wurzeln hatte. Die Ukrainer und die Tataren waren auf der Krim also in der Minderheit.

Die Kenntnisse westlicher Politiker die Krim betreffend waren dürftig bis nicht vorhanden.

Natürlich war Jalta ein historischer Ort, in dem 1945 von Stalin, Roosevelt und Churchill über das Schicksal Deutschlands entschieden und die Welt neu aufgeteilt wurde. Aber mehr musste man wirklich nicht wissen – meinte man. Das sollte sich rächen.

Man hätte sich eigentlich mit zweierlei beschäftigen müssen.

Zunächst einmal war es von großer Bedeutung in unsicheren politischen Zeiten, dass Regierung und Parlament der Krim schon mehrmals versucht hatten, eine Abspaltung von der Ukraine zu erwirken, aber damit immer gescheitert waren.

Bei einem ersten Referendum 1994 sprachen sich 90 % der Wähler für eine Trennung von der Ukraine und die Gründung eines souveränen Staates aus. Dies wurde verweigert und das Referendum für ungültig erklärt. Allerdings wurde im selben Jahr noch die Bezeichnung in „Autonome Republik Krim“ geändert.

Grundlage der Beziehungen zwischen der Krim und der Zentralregierung in Kiew sollte die ukrainische Gesetzgebung sein.

Noch wichtiger war aber, dass die Krim einen eigenen Präsidenten und auch ein eigenes Parlament hatte. Beschlüsse mussten zwar nach ukrainischem Recht gefasst werden, aber das Wort „autonom“ bedeutete auch, dass man unter Beachtung dieser Regeln auch eigene Vorstellungen verwirklichen konnte.

\*\*\*\*\*

Der Westen hatte, obwohl es ja schon genug zu kritisieren gab, viel Geduld mit Russland unter der Führung Putins gehabt – sagte man zu diesem Zeitpunkt noch. Aber irgendwann reißt ja bekanntlich auch der stärkste Geduldsfaden.

\*\*\*\*\*

Wie schon vorher ausgeführt, spielte das Denken in „massiven kriegerischen Handlungen“ eine wichtige Rolle bei der westlichen „Zukunftsplanung“ für die Krim. Niemand hatte damit gerechnet, dass man mit Handlungen, die eher Szenen aus einem Science-Fiction-Roman, denn einer Planung von Militärstrategen ähnelten, auch nur „einen Blumentopf gewinnen könnte“, vor allem dann nicht, wenn der „Blumentopf“ 27 000 km<sup>2</sup> groß ist und mit 2,4 Millionen Menschen „bepflanzt“ ist.

Film ab: „Die Aliens kommen!“

Keine Geschichte, die von berühmten Drehbuchautoren aus Hollywoods Traumfabrik ausgedacht und von noch berühmteren Regisseuren filmisch umgesetzt wurde.

Natürlich waren die „Aliens“, um die es im folgenden Zeitabschnitt geht, nicht von UFO's abgesetzt worden, sondern von normalen Flugzeugen und Hubschraubern, und es waren auch keine Phantasiegestalten, wie man sie aus Filmen kennt, sondern nur maskierte Soldaten in Uniform, ohne Hoheitsabzeichen, aber bewaffnet.

Von den Krim-Bewohnern wurden sie verniedlichend „grüne Männchen“ getauft (russisch зелёные человечки; ukrainisch зелені чоловічки).

Im Februar 2014 begannen diese „grünen Männchen“ Straßen zu blockieren, Verwaltungsgebäude zu besetzen, dann Polizeistationen, militärische Einrichtungen und den internationalen Flughafen von Simferopol. Sie übernahmen die Kontrolle über ukrainische Regierungseinrichtungen und besetzten am 27. Februar das Gebäude des Parlaments, des Obersten Rats der Krim.

\*\*\*\*\*

(„Grüne Männchen“ wurden zum Sinnbild des Schreckens für eine von diesem Zeitpunkt an behaupteten russischen Bedrohung Europas und letztendlich der ganzen Welt hochstilisiert und übertreffen heute in der medialen Darstellung innerhalb der EU sogar die „Mongolenfratze mit dem Messer zwischen den Zähnen“ aus den 50er Jahren der BRD. )

\*\*\*\*\*

Am 11. März 2014 erklärte das Parlament der „Autonomen Republik Krim“ deren Unabhängigkeit von der Ukraine, einschließlich Sewastopols, und rief die „Republik Krim aus“. Diese stellte nach Abhaltung eines Referendums am 18. März einen Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation. Am 21. März beschloss der russische Föderationsrat die Aufnahme der Krim als neue Republik innerhalb der Russischen Föderation.

Diese Operation forderte 2 Todesopfer. (Vergleiche mit den Auswirkungen militärischer Operationen des Westens in der Vergangenheit sind unzulässig!) Eine nicht näher bekannte Anzahl von ukrainischen Soldaten und Angehörige der ukrainischen Marine liefen zum „Feind“ über. Der Rest konnte ungehindert abziehen.

Die Schiffe der ukrainischen Kriegsmarine mussten Sewastopol verlassen.

\*\*\*\*\*

**Wichtigste Aufgabe des deutschen Fernsehens zu dieser Zeit:** Bilder von Demonstrationen und Unmutsäußerungen zeigen, Interviews mit den von den grünen Männchen bedrohten, und deshalb in ständiger Angst lebenden Minderheiten und Gegnern.

Anschließend und für die nächsten Jahre: Bilder und Kommentare zu der Verschlechterung der Lage der Menschen auf der Krim (leere Regale, Ausverkauf durch Touristen u.a.). Dass die später für die Krim beschlossenen Sanktionen, die eine beinahe totale wirtschaftliche Isolation von der westlichen Welt bewirken sollten und das auch bis heute tun, Wirkung zeigten, wurde besonders begrüßt.

Da man von Seiten des Westens keinen Krieg führen wollte, wurden mit der Begründung der Bundeskanzlerin: „Russland hat die Friedensordnung im Europa zerstört und muss dafür bestraft werden“ von Seiten der USA und der EU Sanktionen beschlossen, die Personen und Wirtschaftsunternehmen betrafen und bis heute nicht nur aufrechterhalten, sondern auf Grund weiterer Ereignisse sogar ausgeweitet wurden. Dazu gehörte auch der Ausschluss Russlands in Person des Präsidenten Putin von den G8-Gipfelgesprächen (stärkste Industrienationen der Welt).

Weitere Bemerkungen von Seiten der Bundeskanzlerin:  
...abscheuliches Verbrechen der Annexion der Krim...  
verbrecherische und völkerrechtswidrige Annexion der Krim...

**Wladimir Putin** verstößt mit der unakzeptablen russischen Intervention auf der Krim gegen das Völkerrecht...

Die Heranziehung des Völkerrechts für diesen Fall und eine daraus abgeleitete Verurteilung für ein „abscheuliches Verbrechen“ gegen dieses ist allerdings selbst bei Experten im Westen umstritten.

Was die „Zerstörung der Friedensordnung in Europa“ angeht, litt die Bundeskanzlerin wohl unter einem erstaunlichen Gedächtnisverlust, eine seltsame, in der Geschichte der BRD vor allem bei CDU-Politikern in Spitzenpositionen öfters vorkommenden Anlass-Amnesie, die ja zuletzt auch bei ihrem „Lehrmeister“ Kohl während eines Gerichtsverfahrens aufgetreten war, als es um unangenehme Fragen ging, die er nicht beantworten wollte.

Sie hatte sicher vergessen, dass sich die Bundeswehr 1999 an einem NATO-Einsatz beteiligt hatte, der nach den Statuten der UN völkerrechtswidrig war.

(Hauptverantwortlicher für diesen ersten Auslandseinsatz war ausgerechnet der damalige Außenminister „Joschka“ Fischer, dessen Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ von einer großen Zahl Bürgern gewählt wurde, die der Friedensbewegung nahestanden („Schwerter zu Pflugscharen“).

Als Entschuldigung hätte er zwar anführen können, dass er bei seinem Kampf gegen „Polizeiterror“ auf den Straßen Frankfurts durch Polizeiknüppel einen irreparablen „Dachschaden“ erlitten habe - da 1999 aber niemand von seinen gewalttätigen Aktivitäten wusste, wäre das politisch nicht opportun gewesen.

Und es wäre auch, wie sich anhand von Fotos aus dieser Zeit, die erst viel später (als alles schon verjährt war) veröffentlicht wurden, schlicht und einfach gelogen gewesen, weil er bei seinen Angriffen auf Polizisten einen Motorrad-Helm getragen hatte.

So konnte er laut verkünden, dass er schon immer ein friedliebender Mensch gewesen sei und vor allem deshalb die NATO-Bomben auf Serbien für sinnvoll und alternativlos gehalten habe, weil dadurch noch mehr Unheil verhindert worden sei.

Dass die Serben das bis heute anders sehen, beweist eine Meldung vom Juni 2017 mit dem Inhalt, dass Serbien die NATO wegen des Einsatzes von Uranmunition verklagt.)

Die Angriffe der NATO mit Uranmunition, bunkerbrechenden Bomben (1999 in Serbien gut, 2017 in Aleppo böse!) und Streubomben auf den souveränen Staat Serbien waren demnach auch nicht mit der Argumentation, dass das aus „humanitären Gründen“ erfolgt und deshalb rechtmäßig gewesen sei, zu entschuldigen. Dasselbe gilt auch für die in der Folge erzwungene Gründung eines selbstständigen Staates Kosovo mit einer „zwangsverheirateten“ serbischen Minderheit. Das Ergebnis, ein heute noch armer Staat mit korrupten Regierungen, einer Arbeitslosenquote von 50 %, einem florierenden Umschlagplatz für Drogenhandel und mit einem großen amerikanischen Militärstützpunkt, ist nicht nur unerfreulich, sondern auch Grund für eine hohe Zahl von „Wirtschaftsflüchtlingen“, die im reichen Europa allerdings kein Asylrecht haben und deshalb immer wieder abgeschoben werden.

Eigentlich war dieses Vorgehen der NATO der erste Fall der „Zerstörung der Friedensordnung in Europa“.

Da die „NATO-Experten für Friedensordnungen“ dies aber vehement bestreiten, hat natürlich die Bundeskanzlerin Recht.

\*\*\*\*\*



## **Zusammenfassung:**

**Die Person Putin hat ein abscheuliches Verbrechen begangen und damit die Friedensordnung in Europa zerstört.**

Damit war **Putin** wie weiland **1077 n.Ch. Heinrich IV** medial für „**vogelfrei**“ erklärt und „**zum Abschuss freigegeben**“ worden.

(geschichtlich: Exkommunikation und Kirchenbann von Heinrich IV durch den Papst; vogelfrei heißt, dass jeder ihn ermorden darf, ohne Strafe befürchten zu müssen; sein „Gang nach Canossa“ bedeutete „einen als erniedrigend empfundener Bittgang“.)

Putin hätte sich nach der Vorstellung des Westens zu der damaligen Zeit nur dann davon „freikaufen“ können, wenn er den „Gang nach Canossa“ angetreten hätte, das heißt, bei einem „Kniefall“ vor den Führern des Westens in einer westlichen Metropole umgehend die Krim an die Ukraine zurückgegeben und die „Banditen im Donbas“ gezwungen hätte, ihre Waffen, sich selbst und das Gebiet an die ukrainische Regierung zu übergeben.

\*\*\*\*\*

**Neue Wortschöpfungen:**

**hybrider Krieg,**

**Putin-Versteher, Putin-Troll, Putin-Bashing**

**Später: Troll-Fabrik**

**Noch später: russischer Cyberkrieg**

\*\*\*\*\*

**Juli 2014: Eine Boeing der Malaysia Airlines mit der Bezeichnung MH17 wird über dem Kriegsgebiet im Donbas abgeschossen.**

Die Untersuchungen des Vorfalls sind bis heute noch nicht abgeschlossen. Die Frage, ob es Pech, Unvermögen oder Absicht war, ist nicht geklärt, auch nicht die Frage, wer letztendlich dafür verantwortlich war.

Einen Abschlussbericht mit neutralen, objektiven Beweisen gibt es nicht. Es erscheint wahrscheinlich, dass es diesen auch nie geben wird.

Klare Aussage des Westens und der Ukraine: „**Putin wars!**“  
Ebenso klare Antwort aus Russland: „**Wir waren es nicht!**“

Angebliche Beweise von **vom Westen finanzierten Organisationen**: Es war eine BUK-Rakete sowjetischer Herkunft, und es gibt ein unscharfes Handy-Video, das in einem undefinierbaren Landschafts-Grün einen BUK-Transporter mit nur noch drei Raketen zeigt (vier sind normal).

Es erfolgten **neue Sanktionen** des Westens, **weil es nur Putin gewesen sein konnte**.

Niemals wurde darüber berichtet, dass es zu Sowjetzeiten im Westen der Ukraine ein BUK-Ausbildungszentrum gab (und immer noch gibt), und erst langsam kam ans Tageslicht, dass BUK-Systeme auch zur Ausstattung der ATO in dem Bereich gehörte, aus dem die Rakete abgeschossen worden war.

\*\*\*\*\*

Die mediale Schlinge um Putins Hals wurde zugezogen, als Russland sich ab dem September 2015 auf Seiten des

„Schlächters“ Assad am Krieg in Syrien gegen die „demokratischen Rebellen“ beteiligte und – Zitat Merkel – auch hier „abscheuliche Verbrechen“ in Form von Bombardements mit bunkerbrechenden Bomben (siehe S.37) beging.

Dass zum Beispiel die von den USA in Afghanistan gejagte Organisation „Al Quaida“ (Bin Laden, 9/11 als Grund für NATO-Einsatz) in diesem Krieg mit Geld und Waffen unterstützt wurde, weil sie jetzt „gute Rebellen“ waren, die für ein demokratisches Syrien kämpften, wurde in der West-Presse als unerheblich angesehen.

Die logische Schlussfolgerung für die „neuen Verbrechen“:  
**Sanktionen.**

Und es gibt jetzt eine **neue Gesamtsicht von Putins Aktionen** und eine **endgültige Bewertung**:

**Putin ist ein unzurechnungsfähiger und dadurch unberechenbarer Psychopath**, der auf Grund seiner **stalinistisch geprägten Vergangenheit als KGB-Offizier den Untergang der Sowjetunion nie verwunden hat** und der jetzt mit **abscheulichen Verbrechen**, einhergehend mit **gravierenden, unentschuldbaren Völkerrechtsverletzungen**, seine gefährlichen **Allmachtsphantasien** auslebt, die unter anderem auch die **Wiederherstellung der Sowjetunion** in den Grenzen des Vertrags von Jalta vorsehen. Nicht auszuschließen ist, dass sein krankes Hirn (möglicherweise durch **Drogenmissbrauch** – siehe Seppelt-Report S.21 - irreparabel beschädigt) auch an eine **weitere Ausdehnung** denkt, die das **Baltikum, und alle ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts** mit einschließt.

**Die notwendige Konsequenz aus dieser von anerkannten Gutachtern erstellte, professionellen Analyse ist: Putin muss weg!**

**Die dafür anzuwendenden Mittel sind:**

Aufrechterhaltung, hoffentlich sogar Erweiterung der Sanktionen für eine unbestimmte Zeit

Überarbeitung des während der Regierungszeit des amerikanischen „Wild-West-Präsidentendarstellers“ Ronald Reagan (weltweit bekannt durch seinen Mikrofonprobenschertz: „We begin bombing in five minutes.“) in den 80er Jahren entwickelten **Fulda-Gap-Plans** für den Fall eines sowjetischen Angriffs

Massive Aufrüstung einschließlich einer eventuell notwendig werdenden atomaren Bewaffnung der Bundeswehr (Bomben und Flugzeuge in der BRD schon vorhanden, Befehlsgewalt ist also reine Formsache)

Raketenabwehr an der gesamten Ostgrenze (NATO-Raketen sind nur zur Verteidigung bestimmt, können wegen des NATO-Wertekatalogs nicht für einen Angriff, sondern höchstens für präventive Notwehr eingesetzt werden)

Europaweiter Schutz für die bedrohten Länder durch Truppenanhäufungen an allen Grenzen

Isolierung Russlands in allen wichtigen Gremien der Welt (besonders wichtig: Entfernung aus dem UN-Sicherheitsrat)

Massive mediale Unterstützung und Finanzierung der russischen Opposition mit dem Ziel, Putin zu stürzen

Verschärfte Maßnahmen gegen russische Medien und deren „Fake-News“ (am sinnvollsten wäre ein Verbot!)

Bekämpfung der russischen Hacker durch einen professionell geführten Cyber-Krieg

Aktuelle Positionierung: (der „von der Leyen-Plan“): „Verhandlungen mit Russland kann man nur aus einer Position der Stärke heraus führen“ (Ansprache in bayrische Mundart übersetzt: „Auf geht's Buam, pack mers!“)

Weitere Vorschläge werden gern entgegengenommen. Anruf beim Kanzleramt, beim BND, dem Verfassungsschutz oder dem MAD genügt.

\*\*\*\*\*

## **Post Scriptum:**

### **Rundmail**

**Von: Chefredakteur BILD im Auftrag von CNN**

**An: die Chefredakteure von ARD, ZDF, ZEIT, SPIEGEL, SZ, FAZ, NZZ, KURIER**

**Liebe Freunde,**

**wie ihr wisst, gibt es seit Anfang des Jahres 2017 eine neue Bedrohung.**

**Ihr Name ist Donald Trump, und er ist – hoffentlich nur für eine kurze Zeit - Präsident der USA.**

**Es wurde beschlossen, dass er genauso zu behandeln ist wie Wladimir Putin.“ (Übrigens: Die Fußball-WM naht, empfehle gleiches Verfahren wie bei Sotschi. Haut drauf!)**

**Viel Erfolg!**  
**Ende der Durchsage!**  
**Im Anhang gibt es den globalen Insider-Börsen-**  
**Wetterbericht für die Aufbesserung eures Taschengelds.**

\*\*\*\*\*